

Hasler: «Die Digitalisierung wird uns künftig auf allen Ebenen stark fordern»

Interview Regierungschef Adrian Hasler hat in den letzten Wochen dieser Legislatur mit dem OKP-Konflikt nochmals eine grosse Herausforderung gemeistert. Im «Volksblatt» spricht er darüber, wo er sonst noch ansetzen möchte, um die Zukunft Liechtensteins zu sichern.

VON DORIS QUADERER

«Volksblatt»: 2016 ist mit Schlagzeilen rund um die Ärzteschaft zu Ende gegangen. Hätten Sie rückblickend beim Zwist zwischen Ärzten, Krankenkasse und Ministerium früher eingreifen sollen?

Adrian Hasler: Nein, das denke ich nicht. Entscheidend war die Medienkonferenz der Ärztekammer vom 13. Dezember. An diesem Datum hat die Ärztekammer angekündigt, dass die Ärzteschaft ab 1. Januar 2017 nicht mehr in der OKP tätig sei - und damit alle Ärzte weiter nach dem liechtensteinischen Tarif abrechnen und die Rechnung direkt den Patienten überreichen. Mit dieser Ankündigung hat sich einerseits der Konflikt markant verschärft, andererseits waren plötzlich die Patienten die Leidtragenden. Das war für mich der Zeitpunkt, mich einzubringen. Bereits zwei Tage später hat ein Gespräch mit dem Vorstand der Ärztekammer stattgefunden, mit dem Ziel, den Konflikt zu lösen und eine Einigung zu erzielen.

Sind Sie nun froh, dass dieser Konflikt gelöst wurde?

Ja, auf jeden Fall. Ich habe mich über die Empfehlung des Vorstandes der Ärztekammer, rückwirkend per 1. Januar mit Tarmed abzurechnen und in die OKP zurückzukehren, gefreut. Nun hat auch die Plenarversammlung dieser Empfehlung zugestimmt und akzeptiert damit den Willen des Landtags und des Volkes. Das war von Beginn an unser Ziel und wurde nun erreicht. Die Regierung wird nun am kommenden Dienstag die Präzisierungen in der Verordnung beschliessen und damit sollte der Konflikt vom Tisch sein.

Die Ärztekammer hat kommuniziert, dass die VU und die FL die zugeschlagene Tür mit einer noch drastischeren Forderung wieder geöffnet hätte. Was sagen Sie dazu?

Die Ärztekammer hat an ihrer Pressekonzferenz vom 19. Januar betont, dass es dem Vorstand nicht möglich gewesen sei, den Ärzten vor der Plenarversammlung die sofortige Anwendung des Tarmed zu empfehlen. Dies war eine zentrale Bedingung meinerseits und hat dazu geführt, dass ich die Gespräche abgebrochen habe, da diese vom Vorstand nicht erfüllt wurde. Wenige Tage später war es plötzlich möglich, dass der Vorstand sogar noch einen Schritt weitergeht und seinen Mitgliedern die rückwirkende Anwendung des Tarmed empfiehlt. Hier kann sich jeder selbst ein Bild machen. Ich bin fest davon überzeugt, dass nur durch unsere konsequente Haltung ein Einlenken des Vorstandes erfolgt ist. Die Verweigerung der Ärztekammer, nach Tarmed abzurechnen und die Patienten weiter als Druckmittel zu verwenden, war nicht mehr haltbar. Dass Regierungschef-Stellvertreter Zweifelhofer im letzten Moment auch noch auf den fahrenden Zug aufgesprungen ist, ist zu begrüßen, kam aber reichlich spät.

«Dass Zweifelhofer im letzten Moment auf den fahrenden Zug aufgesprungen ist, ist zu begrüßen, kam aber reichlich spät.»

Denken Sie, dass das Ziel, das Kostenwachstum im Gesundheitswesen zu verlangsamen, erreicht werden kann? Schliesslich war ein finanzierbares Gesundheitssystem eines der Ziele im Wahlprogramm aus dem Jahr 2013.

Das Kostenwachstum im Gesundheitswesen ist eine grosse Herausforderung, nicht nur in Liechtenstein. Die Bruttoleistungen in der obligatorischen Krankenversicherung sind innert 10 Jahren von knapp 110 Millionen Franken auf über 167 Millionen Franken angestiegen. Der Staat finanziert allein die Grundversorgung im Gesundheitswesen mit derzeit rund 41 Millionen Franken pro Jahr mit. Ohne diese Subventionen wären die Krankenkassenprämien deutlich höher. Ich gehe davon aus, dass mit der neuen KVG-Revision das Wachstum der Kosten etwas gedämpft werden kann. Mittel- und langfristig bleibt der Trend zu Kostensteigerungen aufgrund der demografischen und medizinischen Entwicklung jedoch ungebrochen. Die langfristige Finanzierbarkeit bleibt damit eines der wichtigsten gesellschaftspolitischen Handlungsfelder. Nur ein Beispiel: Bei einer Kostensteigerung von z. B. 4 Prozent jährlich würden die Krankenkassenprämien innerhalb von nur 10 Jahren um 50 Prozent steigen. Das wäre für die Bevölkerung eine enorme Zusatzbelastung.

Ein Thema, welches im letzten halben Jahr für viele Diskussionen gesorgt hat, ist die Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Auch für die Wirtschaft wird das Thema immer zentraler. Die Initiative der Wirtschaftskammer ist jedoch am Volk gescheitert, wo muss jetzt der Hebel angesetzt werden?

Hier sind wir bei einem Kernanliegen der FBP. Junge Erwachsene sind vielfach top ausgebildet, motiviert und wollen im Beruf weiterkommen. Gleichzeitig möchten sie eine Familie gründen. Damit stellt sich die Frage der Kinderbetreuung. Die FBP setzt sich sehr dafür ein, dass es möglichst vielfältige Angebote zur Betreuung gibt, damit Eltern das für sie passende Angebot wählen können. Gerade bei der Erwerbstätigkeit beider Elternteile sollen Möglichkeiten geschaffen werden, das Kind in den ersten Lebensjahren verstärkt selbst zu Hause zu betreuen. Ich sehe hier auch eine starke Verantwortung der Arbeitgeber, gut qualifizierte Teilzeitjobs und ausserhäusliche Betreuungsangebote zu schaffen. Auch damit kann dem oft beklagten Fachkräftemangel entgegengetreten werden.

In meinem Umfeld gibt es viele Frauen, die sehr gut ausgebildet sind, aber weniger als 50 Prozent arbeiten. Auch wenn die Kinder bereits im Schulalter sind, ist es schwierig, in einem höheren Pen-

sum tätig zu sein. Die Karrierechancen werden dadurch verpasst. Müsstens Teilzeitpensen - auch in Führungspositionen - nicht stärker gefördert und auch von der Politik gefördert werden?

Ich denke, dass hier zunehmend ein Umdenken der Arbeitgeber stattfinden wird. Unternehmen, die langfristig denken, werden ihre Personalpolitik so ausgestalten, dass die Mitarbeitenden und Führungskräfte bestmöglich gefördert und entwickelt werden. Es wird sicher auch Angebote für Führungskräfte mit Teilzeitpensen geben, das hängt aber immer von den organisatorischen Möglichkeiten ab. Dies mit Gesetz und Verordnung zu erzwingen, halte ich aber für den falschen Weg.

Was kann die Politik tun, damit es Eltern ermöglicht wird, die Kinder zumindest im ersten Lebensjahr selbst zu betreuen?

Die Politik kann auf zwei Ebenen tätig werden. Eine bereits vorhandene Möglichkeit bietet der Elternurlaub. Dieser kann von Vater und Mutter und sogar in Teilzeit bezogen werden. Eine Möglichkeit, die wir genauer prüfen möchten, ist der finanzielle Ausgleich des Einkommensverlustes. Hier setzt der Vorschlag an, das Kindergeld vorzubeziehen und damit das Familieneinkommen im ersten Lebensjahr des Kindes aufzubessern.

Wie können wir gewährleisten, dass unsere älteren Menschen gut betreut werden, ohne dass die Kosten explodieren?

Mit zunehmender Lebenserwartung steigt der Bedarf an Betreuung und Pflege für ältere Mitmenschen. Dabei müssen wir die unterschiedlichen Anforderungen und Bedürfnisse in Bezug auf Selbstständigkeit, soziale Integration und Betreuung berücksichtigen. Ich setze mich für ein breites Angebot an Wohn- und Betreuungsformen ein, welches Wahlmöglichkeiten schafft, die Lebensqualität steigert und auch unnötige Kosten vermeidet. Die demografische Entwicklung der nächsten Jahrzehnte kennen wir sehr gut, deshalb müssen wir die Angebote laufend anpassen und die Finanzierung auf eine sichere Grundlage stellen.

Ist unser Bildungswesen innovativ genug - sprich tun wir genug dafür, die jungen Menschen fit für die digitale Welt zu trimmen?

Für mich ist das Verständnis für Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften und Technik, das heisst für die sogenannten MINT-Fächer, entscheidend, um sich in der digitalen Welt behaupten zu können. Dies allein reicht aber nicht aus. Es braucht auch eine breite Allgemeinbildung, Sprachkompetenzen sowie die Fähigkeit, zu hinterfragen. Wenn dazu noch eine gesunde Portion Entdeckergeist kommt, eröffnen sich riesige Chancen für junge Menschen, das Beste aus ihren Talenten zu machen. Unser Bildungssystem ist insgesamt gut aufgestellt. Bei der Weiterent-

Regierungschef Adrian Hasler hat bereits reichlich Ideen für eine künftige Legislaturperiode. (Foto: ZVG)



wicklung unseres Bildungsangebots müssen wir aber darauf achten, dass das notwendige Wissen für die Zukunft vermittelt wird. Mit zusätzlichen Angeboten wie dem Programmieren an Primarschulen und dem MINT-Labor, welches in Kooperation mit der Wirtschaft realisiert wird, können die für die Digitalisierung erforderlichen Kompetenzen gezielt gefördert werden.

Die VU hat sich ein Stimm- und Wahlrecht für Auslandsliechtensteiner erneut ins Wahlprogramm geschrieben. Die FBP war im Landtag gegen eine entsprechende Vorlage. Wie stehen Sie persönlich dazu?

Ich persönlich bin der Meinung, dass diejenigen das Wahl- und Stimmrecht haben sollen, die auch die Konsequenzen der Entscheide tragen müssen. Insbesondere in einem kleinen Land wie Liechtenstein erscheint mir dies wichtig. Ich respektiere jede und jeden, der aus unterschiedlichsten Gründen seinen Wohnsitz ins Ausland verlegt. Mit diesem Entscheid ist eine Vielzahl von Konsequenzen verbunden; nicht zuletzt wird auf das Stimm- und Wahlrecht verzichtet. Umgekehrt bin ich persönlich offen, die doppelte Staatsbürgerschaft in Liechtenstein zu ermöglichen und damit diejenigen, welche hier wohnen und arbeiten, verstärkt einzubeziehen.

Sie haben bereits mehrfach betont, dass Sie gegen eine Lockerung der

Zuwanderungsbestimmungen für EWR- und Schweizer Staatsangehörige sind. Die Wirtschaft braucht jedoch Fachkräfte, denken Sie nicht, dass das Grenzgängersystem längerfristig an Grenzen stossen wird?

Ich habe hierzu immer eine klare Position vertreten. Wir sind mit dem bestehenden System der Zuwanderung sehr gut gefahren. Eine Lockerung der Zuwanderungsbestimmungen würde das ganze Quotensystem gefährden. Interessant ist auch die Studie, welche die Stiftung Zukunft.li kürzlich vorgestellt hat. Auch sie kommt zum Schluss, dass eine Öffnung negative Konsequenzen für unser Land hätte. Mittlerweile hat dies auch die VU verstanden und teilt unsere Position. Wir müssen die Chancen des gemeinsamen Wirtschafts- und Lebensraums im Rheintal nutzen. Davon profitieren alle. Konsequenz davon ist aber auch, dass wir uns Gedanken machen müssen, wie wir den grenzüberschreitenden Verkehr in Zukunft regeln wollen.

Ihre erste Legislaturperiode stand ganz im Zeichen der Sanierung des Staatshaushaltes. Dieses Ziel ist nun erreicht. Welchen Schwerpunkt wollen Sie in den kommenden vier Jahren setzen?

Neben den vorher bereits erwähnten Themen bin ich überzeugt, dass uns die Themen «Digitalisierung» und «Industrie 4.0» in den nächsten Jahren auf allen Ebenen stark fordern werden. Diese Entwicklungen, die rasant auf uns zukommen, ver-

